

Frenz, Barbara

Article

Die Bundesrepublik nach 70 Jahren – aktuelle und mittelfristige Herausforderungen der Ordnungspolitik

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Frenz, Barbara (2018) : Die Bundesrepublik nach 70 Jahren – aktuelle und mittelfristige Herausforderungen der Ordnungspolitik, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 71, Iss. 18, pp. 66-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/198664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Barbara Frenz*

Die Bundesrepublik nach 70 Jahren – aktuelle und mittelfristige Herausforderungen der Ordnungspolitik



Barbara Frenz

»Freiheit und Verantwortung sind untrennbar,« schrieb Friedrich August von Hayek, der erste Preisträger des Hanns Martin Schleyer-Preises. Eine vitale Soziale Marktwirtschaft braucht engagierte Bürger, die bereit sind, sich in Verantwortung dem Wettbewerb zu stellen – und eine Politik, die sich auf ihre Kernaufgabe besinnt, nämlich verlässliche Rahmenbedingungen stets mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip zu setzen. Zum Handeln im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ermutigen: Das ist der Auftrag der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, die seit 1978 – nunmehr 40 Jahren – all jene wissenschaftlichen Nachwuchskräfte stärkt, die sich für eine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie engagieren. Auf bis dato über 500 Kongressen und Symposien wurde zwischen erfahrenen Praktikern und der nachwachsenden Wissenschaftsgeneration, interdisziplinär vor allem mit Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Staatsrechtlern, darüber diskutiert, wie das Regelwerk einer offenen Gesellschaft aussehen und wie es gestärkt werden kann. Wie fördern wir eine verantwortungsbewusste Haltung und einen vitalen Wettbewerb in einem offenen und kreativen Umfeld? Anspruch der

Stiftung ist es, durch inhaltlich stets hochkarätige, auch kontroverse Debatten der jungen Generation mittel- und langfristig Orientierung zu geben. Damit hat sie viele wissenschaftliche Karrieren der Bundesrepublik Deutschland begleitet und geprägt. Im vierzigsten Jahr ihres Bestehens nun den »Chiemsee-Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft« zu fördern, war der Stiftung daher eine große Freude.

Die Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers im Jahr 1977 ist als »Deutscher Herbst« und größte staatspolitische Krise der Nachkriegszeit in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen. Helmut Kohl sagte 1978 als damaliger Oppositionsführer, »dass dieser freiheitliche Rechtsstaat mit dem Terrorismus fertig werden kann, dass er die Herausforderungen zurückschlagen muss, dass er nicht erpressbar werden darf (...). Nur unter dieser Voraussetzung war ... das Opfer von Hanns Martin Schleyer moralisch zu rechtfertigen.«

Diese Aufgabe ist so aktuell wie eh und je. Auch heute gilt es, den Rechtsstaat gegen existentielle Bedrohungen von innen wie von außen zu sichern, und auch heute müssen die »Regeln der Freiheit« immer wieder neu gefunden und verteidigt werden. 70 Jahre nach ihrer Gründung darf kein Bürger der Bundesrepublik die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« für selbstverständlich nehmen. Im Bewusstsein um die Fragilität dieses Gemeinwesens haben Hans-Werner Sinn und das ifo Institut in den letzten Jahrzehnten die Bundesrepublik entscheidend im Sinne von Freiheit und Sozialer Marktwirtschaft mitgeprägt.

* Barbara Frenz ist Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung.